Bild: ky/Karl Mathis

Gegen hundert Millionen Franken Subventionen dürften in Grosswasserkraftwerke fliessen.

Mehr Subventionen für die Wasserkraft

Der Ständerat hat gestern bei der Beratung der Energiestrategie erste Entscheide gefällt. Ein Überblick – und drei Kurzporträts von prägenden Köpfen der Vorlage.

HANSPETER GUGGENBÜHL/BERN

Die Kapazität der Kraftwerke in Europa übertrifft seit Jahren die schrumpfende Nachfrage nach Elektrizität. Zusätzlich treiben Subventionen für Kohle, Atom-, Wind- und Solarenergie die Preise auf dem Strommarkt in den Keller. Diese Entwicklung drückt auch auf die Rentabilität der einst lukrativen Schweizer Wasserkraftwerke. Diese können mit dem tieferen Ertrag ihre reinen Betriebskosten zwar noch decken, betonte Bundesrätin Doris Leuthard gestern im Ständerat. Einige Wasserkraftwerke aber haben Mühe, ihre Kapitalschulden oder Erneuerungen zu finanzieren.

Betroffen davon sind vor allem neue, teure Speicherkraftwerke wie etwa das Pumpspeicherwerk Linthal 2015 der Axpo oder das Alpiq-Pumpspeicherwerk Nante de Drance. Die Axpo etwa musste einen hohen Teil der Investitionen in Linthal bereits abschreiben, bevor das Werk nächstes Jahr eingeweiht wird; das gab der Thurgauer Axpo-Verwaltungsrat und SVP-Ständeherr Roland Eberle bekannt.

Geld aus dem KEV-Topf

Die aktuelle Marktlage verstärkt den politischen Druck, um auch die Wasserkraft zu subventionieren. Schon der Nationalrat hatte im Dezember beschlossen, den Bau von neuen mittleren und grossen Wasserkraftanlagen mit Beiträgen zu unterstützen. Diese Beiträge können bis zu 50 Prozent der Investitionskosten decken. Das Geld dazu soll der Kasse entnommen werden, aus der der Bund seit 2008 die Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) für Strom aus Solar-, Wind-, Biomasse- und kleinen Wasserkraftwerken (unter 10 Megawatt Leistung) finanziert. Als Kompensation beschloss der Nationalrat damals, die Einspeisevergütung für die kleinsten Wasserkraftwerke (mit weniger als einem Megawatt Leistung) zu streichen. Seine Begründung: Diese Mini-Kraftwerke verschlingen, gemessen an ihrem geringen Stromertrag, übermässig viele Subventionsfranken und graben kleinen Bächen das Wasser ab.

Ständerat legt noch zu

Der Ständerat, in dem Vertreter der Wasserkraftkantone und der Elektrizitätswirtschaft stark vertreten sind, beschloss gestern, die nationalrätliche Wasserkraftunterstützung wie folgt zu ergänzen:

Die aktuelle Marktlage verstärkt den Druck, die Wasserkraft zu subventionieren.

- Die KEV soll wieder erweitert werden auf Mini-Wasserkraftwerke mit einer Leistung von 300 Kilowatt bis einem Megawatt; das beschloss die Ratsmehrheit gegen den Widerstand der Umweltverbände.
- Gelder aus dem KEV-Topf können künftig auch verwendet werden, um bestehende Wasserkraftwerke ab zehn Megawatt Leistung, die durch die tiefen Marktpreise in eine wirtschaftliche Notlage geraten, vorübergehend zu unterstützen. Pro Jahr dürfen damit rund hundert Millionen Subventionsfranken in grosse Wasserkraftwerke fliessen. Die Bedingungen für diese Notlage hat der Ständerat in einem langen, umständlichen Gesetzesartikel formuliert. Dieser verlangt unter anderem, dass die Standortkantone die neue Subvention mit einer Senkung der Wasserzinsen flankieren.

Verständnis, aber wenig Freude an dieser zusätzlichen Wasserkraftsubvention zeigte Energieministerin Doris Leuthard. Ihre Begründung: Mit der KEV sollen nicht bestehende Techniken subventioniert, sondern grundsätzlich nur neue Technologien gefördert werden, und auch dies nur so lange, bis sie sich im Markt aus eigener Kraft behaupten können.

Unsichere Mehr- und Minderheiten

Eine Minderheit des Ständerats lehnte die neuen Subventionen ab. Eine andere Minderheit beantragte eine noch höhere Subventionierung der Wasserkraft. Ein weiteres grosszügiges Subventionsmodell hatte der Bündner Ständerat Stefan Engler beantragt, diesen Antrag aber zum Bedauern des Verbandes Schweizer Elektrizitätswerke (VSE) kurz vor der Abstimmung wieder zurückgezogen.

Im weitern beschloss der Nationalrat, die Gewährung der KEV für neue Kraftwerke sowie die Investitionsbeiträge für kleine Photovoltaikanlagen zu befristen. Demnach sollen die Investitionsbeiträge ab 2031, die KEV-Zusagen schon sechs Jahre nach Inkrafttreten des revidierten Energiegesetzes abgeschafft werden.

Mit diesen und weiteren Entscheiden schuf der Ständerat Differenzen zum Nationalrat. Diese Differenzen werden in späteren Sessionen bereinigt. Die Energiestrategie wird das Parlament auch nach den Wahlen also weiter beschäftigen. Dabei können die aktuellen Mehrheitsbeschlüsse wieder in Gefahr geraten.

Der Mann mit den vielen Hüten

BERN. Die Energiewirtschaft hat einen guten Draht in den Ständerat. 6 der 13 Mitglieder der Umwelt- und Energiekommission (Urek), welche die Energiestrategie vorberaten und Weichen gestellt hat, haben entsprechende Mandate. So ist bei der komplexen Materie viel Wissen vorhanden, doch es kommt auch zu Interessenkonflikten – gerade wenn es um die Verteilung von neuen Subventionen geht (siehe Text links).

Keiner aber tanzt auf so vielen Hochzeiten wie Ständerat Martin Schmid (FDP/GR), der ohnehin als Mandatesammler gilt. Der frühere Regierungsrat sitzt unter anderem in den Verwaltungsräten des Bündner Stromkonzerns Repower, des Verbandes der Schweizer Gasindustrie und eines UBS-Fonds, der in erneuerbare Energien und die Energie-Infrastruktur investiert. Weiter ist er Präsident des Verwaltungsrats der Engadiner Kraftwerke, die im Geschäft mit der Wasserkraft tätig sind. Der gewiefte Politiker sieht auf Anfrage kein Problem, all seine Mandate unter einen Hut zu bringen. «Meine Interessenbindungen entsprechen ganz der Stossrichtung der Energiestrategie des Bundesrats.» Er setze sich nicht nur für eine Branche, sondern für einen gesamtheitlichen Ansatz ein. Die Gaswirtschaft etwa könne beim Atomausstieg eine Brückenfunktion übernehmen. Kein Mandat hat Schmid im Bereich der Kernenergie.

Am wichtigsten bleibt für den Bündner die Wasserkraft. Zusammen mit seinem ehemaligen Regierungskollegen, Ständerat Stefan Engler (CVP/GR), setzt er sich denn auch für den Ausbau der Subventionen für die Grosswasserkraft ein. Die beiden sind nicht die einzigen Subventionsjäger: In der Wandelhalle des Parlaments wimmelt es in diesen Tagen von Energie-Lobbyisten, die alle auf zusätzliche Gelder hoffen. (tga)

Bild: ky

Martin Schmid
Ständerat (FDP/GR)

Der Milizpolitiker am Limit

Die Energiestrategie ist eine Mammutvorlage: Die Fahne mit den geplanten Rechtsanpassungen umfasst mehr als hundert Seiten. Die vorberatende Energiekommission (Urek) befasste sich seit Jahresbeginn rund 60 Stunden mit dem Geschäft, musste Zusatzsitzungen einberufen. Das war besonders für den Präsidenten der Urek, Ständerat Ivo Bischofberger (CVP/AI), ein grosser Aufwand. Er koordinierte die Sitzungen und Anhörungen. Der Ostschweizer ist stolz, dass er an der Vorlage mitgearbeitet hat. Als Milizpolitiker sei er aber an seine Grenzen gekommen. Zumal der Ständerat auch noch in der Sozialkommission sitzt, die sich monatelang mit einer anderen Mammutvorlage, der Rentenreform, befasste. Auch dafür waren Sondersitzungen notwendig.

Für seine Arbeit erhält der Urek-Präsident Lob. Er sei immer gut vorbereitet gewesen und habe den Willen, etwas Gutes für das Land zu erreichen, heisst es in der Wandelhalle des Bundeshauses. Gleichzeitig sei Bischofberger harmoniebedürftig und nicht immer entscheidungsfreudig. Obwohl der zurückhaltende Parlamentarier bei der Energiestrategie ein wichtiges Amt innehat, war er in der Öffentlichkeit kaum präsent. Die Kommissionsberatungen sind vertraulich. So oder so gehört Bischofberger nicht zu jenen Politikern, die mit zugespitzten Aussagen vor die Kameras und Mikrophone drängen. Die Teilnahme an Sendungen wie der «Arena» hat er nicht nötig, als Ständerat ist der Innerrhoder von der Landsgemeinde bereits in seinem Amt bestätigt worden.

Das Präsidium der Energiekommission ist für den früheren Rektor eines Gymnasiums quasi die Aufwärmrunde für die Krönung seiner politischen Karriere: 2017 soll er zum Präsidenten des Ständerats gewählt werden. (tga)

Bild: Reto Martin

Ivo Bischofberger
Ständerat (CVP/AI) und Urek-Präsident

Der kompromissfähige SVPler

Ständerat Roland Eberle (SVP/TG) begann im Parlament als ehemaliger Bundesratskandidat mit Vorschusslorbeeren. Lange blieb es um ihn auffallend ruhig. In der laufenden Session drückte er nun zwei wichtigen Vorlagen seinen Stempel auf: Auf Eberles Antrag wies der Ständerat den Strassenfonds an die Verkehrskommission zurück. Mit dem Auftrag, die Erhöhung des Vignettenpreises und die Übernahme kantonaler Strassen durch den Bund erneut zu prüfen.

Vor allem aber brachte er gestern bei der Beratung der Energiestrategie im Ständerat den Antrag durch, die Ökostrom-Förderung KEV zu befristen. Damit will Eberle verhindern, dass bei der Förderung der erneuerbaren Energien deutsche Zustände eintreten. Die KEV sei eingerichtet worden, um neue Technologien marktfähig zu machen. Mit den von der Energiekommission beschlossenen Änderungen sei die Vorlage «knapp vertretbar», sagte er der NZZ. Damit weicht Eberle von der Parteilinie ab: Die SVP-Fraktion teilte vor kurzem mit, die Energiestrategie sei weiter untauglich und gefährde den Standort.

Für seine Bemühungen bei der Kompromisssuche in der vorberatenden Kommission erhält Eberle Lob. Der frühere Firmenchef und Thurgauer Regierungsrat habe nicht einfach die Interessen des Axpo-Stromkonzerns vertreten, in dessen Verwaltungsrat er sitzt. Dies sagt einer, der an den Sitzungen teilnahm. Beobachter bringen seinen Namen sogar als Bundesratskandidat ins Spiel, um der SVP bei den Wahlen vom Dezember wieder zu einem zweiten Sitz zu verhelfen. Eberle winkt auf Anfrage jedoch wie schon 2011 ab. (tga)

Bild: Donato Caspari

Roland Eberle
Ständerat (SVP/TG)